



Durch Bürgerengagement immer mehr freie Schulen in Deutschland: Bund der Freien Waldorfschulen (BdFWS) fordert gleichberechtigte Förderung

Kiel/Stuttgart, 29.9.2011/CU. Das zivilgesellschaftliche Engagement von Bürgern zugunsten des Bildungswesens in Deutschland ist zukunftsweisend und sollte von den verantwortlichen Politikern in seiner Bedeutung anerkannt und angemessen gefördert werden. Dies forderten Vertreter der deutschen Waldorfschulen vor der Landespressekonferenz in Kiel. Wissenschaftler renommierter Bildungsforschungsinstitute belegten dort das steigende Elternengagement und die anhaltende Dynamik im freien Schulwesen mit neuesten Zahlen.

Prof. Steffen Koolmann vom Institut für Bildungsökonomie, Mannheim wies darauf hin, dass von den Waldorfelechtern erhebliche finanzielle Beiträge geleistet würden. 2009 seien dies beispielsweise bundesweit 154 Millionen Euro gewesen. Helmut E. Klein, Senior Researcher des Kompetenzfeldes Schulische Bildung beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln betonte, dass die öffentliche Hand durch die Existenz freier Schulen bei betriebswirtschaftlicher Kostenrechnung 2,4 Milliarden Euro jährlich einspart. Das IW hatte in seiner jüngsten Studie die chronische Unterfinanzierung des freien Schulwesens in Deutschland kritisiert und darauf hingewiesen, dass dadurch wichtige Impulse für die Erneuerung des Bildungswesens verschenkt würden.

Die Zahl der Schüler an freien Schulen in Deutschland ist nach Angaben des IW seit den 90er Jahren in Deutschland kontinuierlich gestiegen, insgesamt um 65 Prozent seit 1992. 2009 gab es an allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft über 700.000 Schüler, an beruflichen Schulen noch weitere 240.500.

„Es ist ersichtlich, dass hier ein Paradigmenwechsel vor sich geht, weg vom staatlich-zentralistischen Bildungssystem hin zu einem zivilgesellschaftlich-pluralistischen“, sagte Henning Kullak-Ublick, Vorstandsmitglied beim BdFWS. Schon längst hätten Eltern und engagierte Pädagogen die Initiative bei der Gestaltung des Schulwesens übernommen.

Dieser bundesweit zu beobachtende Trend werde aber von der Politik allzu oft noch nicht als Chance, sondern als Bedrohung des staatlichen Schulmonopols betrachtet. „Statt diese Entwicklung durch eine trägerneutrale Finanzierung von Schulplätzen zu unterstützen, erleben wir Abwehrreflexe von den Länderparlamenten, die die Eltern dafür bestrafen, dass sie von ihrer Wahlfreiheit Gebrauch machen. Aktuelles Beispiel dafür ist Brandenburg“, so Kullak-Ublick weiter. Es gehe nicht um Almosen, notwendig sei vielmehr eine echte Wahlfreiheit der Eltern durch die gleichberechtigte Förderung staatlicher und freier Schulen. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung dürfe der Staat auch bei angespannter Haushaltslage nicht einseitig zu Lasten der freien Schulträger sparen. „Viel effektiver wäre es, unsere beispiellose Bildungsbürokratie radikal abzubauen und die frei werdenden Mittel in die Stärkung der pädagogischen Arbeit vor Ort zu investieren. Die freien Schulen zeigen ja gerade, dass es auch ohne pädagogische Planwirtschaft geht“, betonte Kullak-Ublick.

Thomas Felmy, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Schleswig-Holstein, belegte am Beispiel des Schulbaufonds des Landes, wie sich die mangelnde Ausstattung dieses Haushaltspostens auf die Waldorfschulen im Bundesland auswirkt: „An unseren elf Schulen beläuft



sich der Investitionsstau auf rund 31 Millionen Euro, bei allen freien Schulen sind es über 67 Millionen. Der Schulbaufonds stellt jährlich nur 550.000 Euro zur Verfügung. Bei 65 Prozent Zuschüssen für Neubauten und 25 Prozent für Renovierungen dauert es genau 77 Jahre und elf Monate, bis der Bedarf der Schulen gedeckt sein wird. So steht die Zukunft unserer Schulen noch nicht einmal in den Sternen. Auch die These vom wachsenden Engagement der Bürger zugunsten neuer Schulen lasse sich in Schleswig-Holstein nach verfolgen. Während die staatlichen Schulen sich seit 2005 durch Schließung und Kooperation um 81 Schulen vermindert hätten, stünden bei den Waldorfschulen drei neue Gründungsinitiativen in den Startlöchern und zwar in Bargteheide, Plön und Mölln. Auch von kirchlicher Seite würden sieben Schulgründungen vorbereitet. Felmy kündigte an, dass die freien Schulen zum ersten Mal gemeinsam in den Landtagswahlkampf ziehen werden. In Schleswig-Holstein wird im Mai eine neue Regierung gewählt.

Prof. Steffen Koolmann wies in seinem Beitrag auch darauf hin, dass sich die Finanzierung der Waldorfschulen in den letzten Jahren ständig weiter zulasten der Elternbeiträge verschoben hat. Hatte der Anteil der Landeszuschüsse im Jahr 2000 noch 70,6 Prozent betragen, so war er 2009 bereits auf 68,4 Prozent gesunken, entsprechend stiegen die Elternbeiträge an. Die finanziellen Elternleistungen pro Schüler an einer Waldorfschule belaufen sich im Bundesdurchschnitt der Waldorfschulen auf nunmehr ca. 1.850,- Euro im Jahr. „Damit fangen die Eltern die Minderleistungen der öffentlichen Finanzhilfe ab. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, was von den Eltern zusätzlich an ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird“, erläuterte Prof. Koolmann.

Helmut E. Klein vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln sah in der chronischen Unterfinanzierung eine staatlich gewollte Wettbewerbsbenachteiligung der freien Schulen und einen Verstoß gegen das Grundgesetz. „Durch die Finanzierungslücke, die regelmäßig bei den freien Schulen entsteht, wird die verfassungsmäßig hinnehmbare Grenze für die Elternbeiträge in fast jedem Bundesland überschritten“, betonte er. Nach einem aktuellen Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg liegt die Höhe des zumutbaren Schulgelds bei monatlich 70 Euro pro Kind. Bei Schulen im Aufbau belaufe sich der Beitrag aber oft auf monatlich 250 Euro und mehr, da die Eltern auch die Baufinanzierung mittragen müssten. Es sei wissenschaftlich belegt, dass die Qualität des freien Schulwesens sich hinsichtlich Förderkultur, Schulklima und Chancengerechtigkeit positiv vom staatlichen Schulwesen abhebe. Es sei nicht zu verstehen, dass in Deutschland nicht mehr Wert auf die Förderung des freien Schulwesens gelegt werde. Im OECD-Durchschnitt betrage der Anteil der Schüler an Schulen in freier Trägerschaft 13,7 Prozent, in Deutschland lediglich 7,2 Prozent.

Auf der Tagesordnung in Kiel stand auch der Einsatz von Waldorfschülern zugunsten benachteiligter Kinder in Entwicklungsländern beim jährlichen WOW-Day als ein Beispiel für gesellschaftliches Engagement der freien Schulen weit über ihre eigenen Belange hinaus.

Bund der Freien Waldorfschulen e.V.

Die derzeit 226 deutschen Waldorfschulen haben sich zum Bund der Freien Waldorfschulen e.V. mit Sitz in Stuttgart zusammengeschlossen, wo 1919 die erste Waldorfschule eröffnet wurde. Die föderative Vereinigung lässt die Autonomie der einzelnen Waldorfschule unangetastet, nimmt aber gemeinsame Aufgaben und Interessen wahr.

Links: <http://www.iwkoeln.de/Studien/IWTrends/tabid/148/articleid/31226/Default.aspx>
<http://www.waldorfschule.de/waldorfschule-bund/publikationen/index.html>
www.waldorf-sh.de